

Mit vereinten Kräften

Die Lokalpolitiker im Münchner Südwesten unterstützen den Kampf für einen wirksamen Baumschutz

Fürstenried – Das Jahr ist noch jung, doch die Liste beantragter oder erfolgter Fällungen weist bereits eine beängstigende Länge auf. „Man kommt mit den Kontrollen und Ortsterminen kaum noch nach“, stöhnt Jürgen Gerhards (SPD), Baumschutzbeauftragter des Bezirksausschusses (BA) Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln. Seit die Nachverdichtung grassiert, geht es dahin mit den Gehölzen im Südwesten der Stadt. Alarmiert vom Schwund an Grün, wollen die Lokalpolitiker der betrüblichen Entwicklung jetzt einen Riegel vorschieben, möglichst im Schulterschluss mit anderen Stadtvierteln.

Umstritten ist vorerst, ob BA-Mitglieder auf Privatgrund kontrollieren dürfen

Ein Gemeinschaftsantrag der Münchner Bezirksausschüsse „zur Stärkung des Baumschutzes“ existiert bereits. Wie es aussieht, wird der Stadtbezirk 19 einer seiner eifrigsten Verfechter. Bereits beschlossen ist, die Forderungen des Papiers fast lückenlos zu übernehmen. Umstritten war einzig die Aufforderung, rechtliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass BA-Mitglieder Kontrollaufgaben auf Privatgrundstücken übernehmen dürfen. Das sei allein Sache der kommunalen Behörden, hieß es. Hinweise aus dem Rathaus, ein wirksames Baumschutz-Monitoring scheitere mögli-

cherweise am Personalmangel, wollten die BA-Mitglieder nicht gelten lassen: Die Stadt soll sich gefälligst anstrengen, es gehe schließlich um einen elementaren Akt kommunaler Daseinsvorsorge.

Einig wie selten sind sich die Fraktionen des Bezirksausschusses, dass es „viel größerer Anstrengungen zum Erhalt und zur Ausweitung des Baumbestandes“ als bisher bedarf. Denn der anhaltende Bau- und Siedlungsdruck vernichte zu viele Grünflächen und Bäume. Ein Trend, der zumal in Zeiten des Klimawandels und in einer bereits hoch versiegelten Stadt zu schädlichen Temperaturerhöhungen sowie zu Einbußen bei der Lebensqualität führe, wenn man nicht gegensteuere.

Das Positionspapier der Stadtbezirke, hinter dem die Stadtteilpolitiker aus dem Münchner Südwesten geschlossen stehen, listet eine Reihe von Maßnahmen auf, die umgehend zu ergreifen seien. Da ist von einem „nachhaltigen Baummanagement“ die Rede, von lückenlosem, standortnahem Ersatz gefällter oder abgestorbener Bäume und einem Kataster, das den Münchner Bestand an Laub- und Nadelträgern erfasst, öffentliche wie private.

Gefordert werden eine Studie zur „klima-relevanten Wirkung von gezielten Baumpflanzungen“ ebenso wie die verbindliche Ausweisung von Bäumen bei Neubauvorhaben, analog den Stellplatzvorgaben für Kraftfahrzeuge. Ferner sollen künftig Erhaltungssatzungen verabschiedet werden, um gewisse private Grünflä-

chen komplett vor einer Bebauung zu schützen. In anderen deutschen Großstädten gebe es ein solches Lenkungsinstrument bereits, betonen die BA-Mitglieder aus dem Südwesten.

Reichlich Konfliktpotenzial bieten die Ausgleichszahlungen und Ersatzpflanzungen, die fällig werden, wenn Baumbestand gelichtet wird. Diese Kompensationen müssten endlich in „angemessener Höhe“ eingefordert werden, verlangen die Lokalpolitiker. Wenn beispielsweise in Solln ein uralter Baumriese umgesägt wird und dafür eine Pauschale von 750 Euro anfällt, wi-

derspreche dies heute schon der geltenden Baumschutzverordnung. In Zukunft sei zunächst der „Wert eines Baumes in all seinen Facetten“ zu ermitteln und dann erst die Höhe eines finanziellen Ausgleichs zu beziffern.

Um spürbare Effekte zu erzielen, komme man um eine „drastische Erhöhung“ der Kompensationstarife nicht herum. Dass solche Ideen bei Bauherren nicht gut ankommen, darüber sind sich die Stadtbezirksvertreter im Klaren. Aber für einen wirksameren Baumschutz sei es inzwischen höchste Zeit. **JÜRGEN WOLFRAM**



Und weg ist er: In Zeiten des Klimawandels ist Baumschutz wichtig. FOTO: CLAUD SCHUNK